



Briefing aus Bern

# **Gelöschte E-Mails in der Berset-Affäre, Nationalrat will Zugang zu EU-Forschung erkaufen – und ein Schritt hin zu eigenständigen Sanktionen**

Das Wichtigste in Kürze aus dem Bundeshaus (196).

Von [Dennis Bühler](#), [Bettina Hamilton-Irvine](#), [Priscilla Imboden](#) und [Cinzia Venafro](#), 16.06.2022

Es war Ende 2019, und Innenminister Alain Berset stand kurz davor, sich der Gesamterneuerungswahl des Bundesrats zu stellen, da versuchte eine ehemalige Geliebte, ihn zu erpressen. Der SP-Politiker erstattete Anzeige. Die Frau, eine Musikerin, wurde an ihrem Wohnort verhaftet und später zu einer bedingten Geldstrafe verurteilt.

Der Fall sorgte für Schlagzeilen, die «Weltwoche» und die «NZZ am Sonntag» berichteten teils mit intimen Details darüber. Auch die Geschäftsprüfungskommissionen von National- und Ständerat (GPK) nahmen sich des Falls an und fragten: Hat die Bundesanwaltschaft Bundesrat Berset bevorzugt behandelt? War der Arbeitsaufwand seiner Mitarbeiter angemessen, um Berset und das Amt vor Reputationsschäden zu schützen? Hat Berset die Bundesratslimousine samt Chauffeur nach einem Treffen mit der Frau unrechtmässig verwendet? Und war schliesslich der Einsatz der Elite-Polizeitruppe Tigris angemessen, die bei der Verhaftung der Frau anwesend war?

In ihrem Bericht kommen die GPK zum Schluss, dass alles mit rechten Dingen zugeht. Die Einsatztruppe Tigris habe sich im Hintergrund gehalten «für den Fall einer möglichen Eskalation». Die Bundespolizei habe «wie üblich» gehandelt. Die Rückfahrt von einem privaten Anlass in der Limousine sei legal gewesen. Ebenso sei der Einsatz von Stabsmitarbeitenden «geringfügig und der Sache angemessen» gewesen. Und schliesslich habe sich auch der Verdacht, Berset könnte eine private Hotelrechnung zulasten des Bundes beglichen haben, als unbegründet erwiesen, teilt die GPK mit.

Fazit der Geschäftsprüferinnen: Das Ganze sei keine Staats-, sondern eine Privataffäre gewesen.

Doch Bundesrat Berset sieht sich bereits mit neuen Vorwürfen konfrontiert. Gemäss Recherchen des «Tages-Anzeigers» wurde die Korrespondenz zwischen Bersets engstem Mitarbeiter Lukas Bruhin und der Erpresserin gelöscht. Dies hat Bersets Departement in einer Sitzung mit dem Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten des Bundes, Adrian Lobsiger, selbst offengelegt. Stattgefunden hatte die Sitzung, weil der «Tages-Anzeiger» gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz Einsicht in die Unterlagen zum Erpressungsfall gefordert hatte.

Das Innendepartement verweigerte die Herausgabe zunächst, dann erklärte die Behörde, dass sie keine Unterlagen besitze, und schliesslich gab Bersets Rechtschefin an, die E-Mails von Bruhin seien nach seinem Austritt aus der Bundesverwaltung gelöscht worden oder nicht mehr auffindbar.

Und damit zum Briefing aus Bern.

## **Sanktionen: Die Schweiz soll selber entscheiden dürfen**

**Worum es geht:** Unter dem Eindruck des russischen Feldzugs in der Ukraine hat der Nationalrat sich mit 136 zu 53 Stimmen für eine Ausweitung des Embargogesetzes ausgesprochen: Er will, dass die Schweiz künftig selber Sanktionen gegen Staaten, Personen, Unternehmen und Organisationen erlassen kann, wenn Menschenrechte verletzt werden oder schwer gegen internationales Recht verstossen wird. Heute kann die Schweiz bloss Sanktionen übernehmen, die die Uno, die EU oder die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) beschlossen haben.

**Warum Sie das wissen müssen:** Seit Kriegsbeginn wurde die Schweiz immer wieder für ihre Sanktionspolitik kritisiert. So zeigten Recherchen der Republik, dass in der Schweiz mehr als zwei Dutzend Personen unbehelligt blieben, die von der EU sanktioniert wurden – darunter Angehörige einer rechtsextremen Söldnerfirma und Männer, die Feinde des Kremels vergiften sollen. Nachdem Wirtschaftsminister Guy Parmelin im Nationalrat vergeblich vor einer «grundsätzlichen Abkehr von der bisherigen Politik» und langwierigen Rechtsstreitigkeiten warnte, könnte sich das nun bald ändern.

**Wie es weitergeht:** Im September wird der Ständerat erneut über die Gesetzesänderung befinden. Bei der ersten Beratung im Juni 2021 hatte er sich zwar für das Embargogesetz ausgesprochen, es aber abgelehnt, autonome Sanktionen möglich zu machen. Gut vorstellbar, dass der Krieg in der Ukraine zu einem Umdenken geführt hat. Dass der Ständerat mit der bundesrätlichen Sanktionspolitik unzufrieden ist, zeigte sich nämlich am Dienstag: Er beauftragte die Kommission für Rechtsfragen, zu prüfen, ob

zur Sperrung russischer Vermögenswerte eine Taskforce geschaffen werden soll. Dies fordert die SP schon seit Monaten.

## **Forschung: Nationalrat will Teilnahme am EU-Projekt Horizon erkaufen**

**Worum es geht:** Kohäsionszahlung gegen Teilnahme an den EU-Forschungskoooperationsprogrammen – das verlangt der Nationalrat. Er hat am Montag einer Motion seiner aussenpolitischen Kommission knapp zugestimmt. Der Vorschlag entspricht einem Punkt des Stabilisierungsabkommens, das die SP fordert. Die Mehrheit kam zustande, weil doch einige FDP-Nationalräte sich entweder enthielten oder dafür stimmten. Sie stellten sich damit gegen ihren Bundesrat Ignazio Cassis. Er wehrte sich gegen die Idee mit dem Argument, Brüssel sperre sich gegen Verhandlungen über die Teilnahme der Schweiz an EU-Programmen: «Wie können Sie mit jemandem verhandeln, der nicht verhandeln will?»

**Warum Sie das wissen müssen:** Die Teilnahme der Schweiz an den milliardenschweren EU-Forschungsprogrammen Horizon, Erasmus+, Euratom, ITER, Digital Europe rückt in die Ferne, da die EU diese bei den Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU als Pfand einsetzt. Der Bundesrat hat zwar über 1,2 Milliarden Franken gesprochen, um Forschende in der Schweiz alternativ zu unterstützen. Aber damit kann er die Teilnahme an europäischen Forschungsprogrammen nicht ersetzen. Ansonsten spielt er auf Zeit: So hat Bundespräsident Ignazio Cassis auf das Angebot des EU-Vizekommissionspräsidenten Maroš Šefčovič, im Juni in die Schweiz zu reisen, geantwortet, der Termin passe ihm nicht.

**Wie es weitergeht:** Die Motion wird wohl im Herbst vom Ständerat beraten, wo sie abgelehnt werden dürfte. Die Annahme im Nationalrat ist aber ein deutliches Zeichen: Der Unmut über die Trägheit des Bundesrats, eine Lösung mit der EU zu finden, ist gross. Am Freitag führt der Bundesrat eine Aussprache zur Europapolitik durch, allenfalls gibt er danach weitere Schritte bekannt.

## **Sexualstrafrecht: Ständerat will Gefängnis für Rachepornografie**

**Worum es geht:** Der Ständerat hat das revidierte Sexualstrafrecht gutgeheissen: Nein heisst Nein, Vergewaltiger müssen neu zwingend ins Gefängnis, zudem ist Rachepornografie neu strafrelevant.

**Warum Sie das wissen müssen:** Die Revision des Sexualstrafrechts ist eine höchst kontrovers diskutierte Gesellschaftsfrage, die in den letzten Jahren zahllose Debatten auslöste. Einig sind sich im Parlament alle, dass das geltende Sexualstrafrecht veraltet sei. Uneinig ist sich das Parlament, wie fortschrittlich es künftig sein will: ob es also nicht bloss eine Widerspruchslösung («Nein heisst Nein») einführen soll, sondern gar eine Zustimmungslösung («Nur Ja heisst Ja»). Vergangene Woche war die Ratslinke damit gescheitert. Der Ständerat hatte mit 25 zu 18 Stimmen für die Widerspruchslösung votiert, bei der sich strafbar macht, wer gegen den Willen eines Opfers handelt. Die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen EKF und verschiedene Frauenorganisationen hatten eine «Nur Ja heisst Ja»-Lösung gefordert.

**Wie es weitergeht:** Die Vorlage geht nun in den Nationalrat. Dort wird die Ratslinke erneut versuchen, die Zustimmungslösung ins Gesetz zu schreiben.

## **Ukraine-Krieg: Ständerat ist gegen tiefere Benzinpreise**

**Worum es geht:** Der Ständerat lehnt die SVP-Pläne zur Senkung der Benzinpreise ab. Er hat keine der vier entsprechenden Motionen gutgeheissen. Unter anderem forderte SVP-Präsident Marco Chiesa ein befristetes Entlastungspaket, das die Mineralölsteuer auf Treib- und Brennstoffe gesenkt hätte.

**Warum Sie das wissen müssen:** Angesichts des Krieges in der Ukraine haben sich die Mineralölpreise stark erhöht, was die Treib- und Brennstoffe für den Strassenverkehr sowie für Heizungen teurer gemacht hat. Die SVP will deshalb Vergünstigungen vom Bundesrat. Die Linke kritisiert die Vorstösse der SVP als «Subventionierung der Erdölindustrie». Angesichts der Klimakrise sei dies «das Letzte, was wir brauchen».

**Wie es weitergeht:** Heute Donnerstag debattiert der Nationalrat teils gleichlautende Vorstösse einzelner SVP-Mitglieder. Bisher fand die Partei aber keine Unterstützer für die Senkung der Benzinsteuern – nicht mal bei der FDP.

## **Rentenreform: Die Vorlage muss eine Zusatzrunde drehen**

**Worum es geht:** Der Ständerat hat die Reform der beruflichen Vorsorge am Mittwoch nach einer dreistündigen Debatte für eine Extraschleife zurück in die Kommission geschickt. Diese soll einen neuen Vorschlag prüfen, wie der Zuschlag geregelt werden könnte, den Pensionierte in den ersten 15-Jahren nach Umsetzung der Reform erhalten würden.

**Warum Sie das wissen müssen:** Das Kernstück der Pensionskassenreform ist die Senkung des Umwandlungssatzes im obligatorischen Bereich der beruflichen Vorsorge von 6,8 auf 6 Prozent. Das bedeutet konkret, dass eine Rentnerin in Zukunft auf 100'000 Franken angespartes Alterskapital statt 6800 Franken Rente pro Jahr nur noch 6000 Franken bekommen wird. Der Nationalrat hat dieser und weiteren Anpassungen im letzten Dezember bereits zugestimmt. Noch offen ist aber die Frage, wie die dadurch entstehende Rentenlücke geschlossen werden soll. Mit dem neuen Vorschlag aus dem Ständerat liegen nun drei Varianten auf dem Tisch. Generell sieht der Ständerat eine grosszügigere Reform vor als der Nationalrat, um die Chancen an der Urne zu erhöhen.

**Wie es weitergeht:** Die Vorlage geht nun nochmals zurück in die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerats, bevor sie wieder im Plenum behandelt wird. Linke, Grüne und Gewerkschaften haben bereits angekündigt, dass sie das Referendum ergreifen werden, wenn der Ständerat die vom Nationalrat vorgegebene Stossrichtung bestätigt. Dann wird letztlich die Stimmbevölkerung an der Urne über die Pensionskassenreform entscheiden.

## **Gletscherinitiative: Ja zum indirekten Gegenvorschlag**

**Worum es geht:** Am Mittwoch hat der Nationalrat dem indirekten Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative zugestimmt. Er will über zehn Jahre 3,2-

Milliarden aus dem Bundeshaushalt in den Klimaschutz stecken und das Netto-null-Ziel bis 2050 inklusive Zwischenzielen im Gesetz verankern.

**Warum Sie das wissen müssen:** Die Gletscherinitiative fordert ein Verbot von fossilen Brennstoffen ab 2050. Weil das dem Parlament und dem Bundesrat zu weit geht, haben sie jeweils einen direkten und einen indirekten Gegenvorschlag ausgearbeitet. Letzterer würde direkt im Gesetz verankert, sofern die Initianten ihre Initiative zurückziehen und es kein Referendum gibt. So ginge es schneller vorwärts mit dem Schweizer Klimaschutz, denn die Massnahmen können deutlich schneller umgesetzt werden.

**Wie es weitergeht:** Bereits nächste Woche bespricht die Umweltkommission des Ständerats den indirekten Gegenvorschlag. Kommt die Vorlage unverändert durch die kleine Kammer, dürften die Initiantinnen ihre Initiative wohl zurückziehen. Es könnte dennoch zu einer Volksabstimmung kommen, weil die SVP mit einem Referendum droht. Mehr zur Bedeutung dieses indirekten Gegenvorschlags [lesen Sie hier](#).

## Horn der Woche

SP-Ständerat Roberto Zanetti machte seinen Kollegen im Ständerat am Dienstag einen ungewöhnlichen Vorschlag: «Machen Sie einmal Pediküre mit dem Lötkolben oder mit einem Heissluftgebläse, dann merken Sie, dass das Menschenwohl auch eingeschränkt wäre.» Zanetti wollte damit auf das Leid der Kühe beim Enthornen aufmerksam machen. Um das Leid zu mildern, hatte er eine [Motion für einen «Hörnerfranken»](#) eingereicht, in der er fordert, dass jene Landwirtinnen belohnt werden, die ihren Kühen, Ziegen und Schafen die Hörner stehen lassen. Üblicherweise werden die Hornanlagen den wenige Wochen alten Kälbern mit einem Brenneisen weggebrannt. Mitte-Ständerat Peter Hegglin, der diese Methode selber einsetzt, sagte, er habe nach der Amputation der Hörner nie bemerkt, dass seine Tiere unter Phantomschmerzen leiden würden. Worauf Zanetti konterte: «Phantomschmerz empfinden die Kälber und die Kühe, nicht der Bauer. Selbstverständlich haben Sie nie etwas gemerkt vom Phantomschmerz.» Am Ende stimmte der Ständerat für Zanettis Motion: Pro Jahr sollen die Direktzahlungen dafür um etwa 20 Millionen aufgestockt werden, 20 Franken pro Kuh.

Illustration: Till Lauer